



**Rechenschaftsbericht 2025**  
**als Ergänzung zum Jahresbericht**  
des Kinderschutzbund Bundesverbandes e.V.  
an seine Mitglieder



## Inhaltsverzeichnis

<b>Die Arbeit des Bundesverbandes: Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle .....</b>	<b>4</b>
<b>Stellungnahmen des Bundesverbandes zu Gesetzesvorhaben 2025 .....</b>	<b>6</b>
<b>Kommunikation .....</b>	<b>8</b>
<b>Digitale Veranstaltungen .....</b>	<b>10</b>
<b>Innerverbandliche Gremien .....</b>	<b>15</b>
Bundesmitgliederversammlung .....	15
Gemeinsame Sitzungen des Bundesvorstandes und der Landesvorstandskonferenz .....	16
Geschäftsführer*innenkonferenz.....	17
Bundesfachausschuss Kinderarmut.....	17
Bundesfachausschuss Digitales Leben.....	18
Redaktionsbeirat „Kinderschutz. Das Magazin“ .....	18
Arbeitsgruppe Begleiteter Umgang .....	19
Arbeitsgruppe kindgerechte Justiz / AG Familienrecht und Kinder im Verfahren .....	20
Antragskommission .....	21
Kassenprüfung .....	21
Finanzbeirat.....	21
<b>Mitarbeit im Paritätischen Wohlfahrtsverband .....</b>	<b>22</b>
<b>Bündnisarbeit.....</b>	<b>23</b>
Bündnis „Zusammen für Demokratie“ .....	23
Aktionsbündnis Kinderrechte.....	23
Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG.....	24
Ratschlag Kinderarmut .....	25
Bündnis gegen sexuelle Gewalt im Netz.....	26
<b>Finanzsituation des Bundesverbandes .....</b>	<b>27</b>
<b>Spenden &amp; Lizenzen .....</b>	<b>28</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>30</b>



**Liebe Kinderschützer\*innen,**

ergänzend zum Jahresbericht, in dem bereits diverse Inhalte und Projekte beschrieben werden, die nicht nur für die Mitglieder, sondern vor allem auch für die Öffentlichkeit und Unterstützer\*innen von Interesse sind, legt der Bundesvorstand Ihnen diesen Rechenschaftsbericht vor. Dieser trifft in Ergänzung zum Jahresbericht Aussagen über Gremien und Arbeitsprozesse, die vor allem für Sie als Mitglieder interessant sind und Sie transparent über die Arbeit des Bundesverbandes informieren.



## **Die Arbeit des Bundesverbandes: Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle**

### **Bundesvorstand**

Der Bundesvorstand besteht nach wie vor aus Prof. Dr. Sabine Andresen als Präsidentin, Joachim Türk und Nezahat Baradari als Vizepräsident und -präsidentin, Rolf Himmelsbach als Schatzmeister, Prof. Beate Naake als Schriftführerin sowie Yvonne Bauer und Heidi Schmieding als Beisitzerinnen.

2025 war der Vorstand aufgrund der Bundestagswahlen und des Regierungswechsels weniger als sonst mit kinder- und jugendpolitischer Gesetzgebung beschäftigt, sondern sowohl rund um die Wahl als auch danach bemüht, deutlich zu machen, dass Kinder und Jugendliche dringend mehr Priorität und Thematisierung brauchen. Zu diversen Themen führte der Bundesvorstand in verschiedenen Konstellationen Gespräche im politischen und vor allem fachpolitischen Raum, im Bundestag, mit Parteien und hat sich an geeigneten Stellen presseöffentlich verhalten.

Gleichzeitig hat der Bundesvorstand begonnen, einige Arbeitsfelder im Kinderschutzbund strukturell neu aufzustellen. Der Bundesfachausschuss Kinderarmut wurde mit einem veränderten Profil neu ausgeschrieben, eine AG Familienrecht und Kinder im Verfahren eingerichtet (in Ersetzung der AG kindgerechte Justiz), eine AG zu Klima neu gegründet und mit dem Bundesfachausschuss Digitales Leben sowie dem Beirat zum Magazin intensiv weitergearbeitet. Die einzelnen Bundesvorstandsmitglieder begleiten diese Gruppen jeweils und gestalten mit diesen die wichtigen Arbeitsfelder.

Auch die Netzwerkarbeit mit anderen Organisationen wurde eng vom Bundesvorstand begleitet und die Außenvertretungen in diversen Bündnissen und Themenzusammenschlüssen begleitet oder übernommen.

Gespräche für neue Partnerschaften und Projekte wurden von Vorstandsmitgliedern geführt. Zu verschiedenen Jubiläen, Mitgliederversammlungen und Eröffnungen im Bundesgebiet haben Mitglieder des Bundesvorstandes auch in diesem Jahr einzelne Kinderschutzbünde besucht.

Neben den inhaltlichen und politischen Aufgaben waren vereinsrechtliche, organisatorische und finanzielle Fragestellungen immer Teil der Arbeit des Bundesvorstandes.

## **Bundesgeschäftsstelle**

Im Jahr 2025 war es den Mitarbeitenden der Bundesgeschäftsstelle wichtig, noch mehr Formate und (Vernetzungs-)Angebote für den Verband anzubieten und so Einblick in Themen und Fachpolitik zu geben, aber auch Bedarfe und Interessen im Gesamtverband aufzunehmen. Zu der großen Anzahl an Veranstaltungen in verschiedenen Formaten gab es durchweg positive Rückmeldungen, sodass dieser Ansatz auch 2026 fortgesetzt wird.

Daneben gelang es in vielen Themen, sowohl in Fachkontexten, Netzwerken und dem politischen Raum als auch öffentlich, durch die Mitarbeitenden sehr präsent zu sein und fachpolitisch sowie öffentlich die Anliegen des Kinderschutzbundes thematisch breit abzudecken. Darüber hinaus wurden diverse Themen und Positionierungen erarbeitet, die öffentliche Darstellung und die Kampagnenfähigkeit weiterentwickelt und finanzielle Grundlagen des Bundesverbandes gestärkt.

Die Zusammenarbeit in der Bundesgeschäftsstelle lief im gefestigten Team und in den etablierten Strukturen gut und problemlos.

Die personelle Zusammensetzung in der Bundesgeschäftsstelle, die von Daniel Grein als Geschäftsführer geleitet wird, hat sich vor allem durch den Eintritt in den Ruhestand von Martina Huxoll-Von Ahn, die bis dahin stellvertretende Geschäftsführerin und Leitung des Fachteams war, verändert.

Im Fachteam ist darüber hinaus unverändert Elena Frense für den Bereich des Kinderschutzes in Medien und Digitalisierung sowie Konstanze Butenuth als Fachreferentin für präventiven Kinderschutz tätig. Paula Wenning bearbeitet weiterhin die Themen soziale Sicherung und Kinderarmut sowie alle Themen aus dem Familien- und Kindschaftsrecht. Rebekka Schuppert ist als Fachreferentin für Kinderschutz unter anderem für die Themen Gewalt, Beratung, Begleiteter Umgang und Schutzkonzepte zuständig.

Juliane Wlodarczak leitet den Arbeitsbereich Kommunikation/ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit neben ihrer Aufgabe als Pressesprecherin. Das Team blieb mit Johanna Kern als Redakteurin für die Mitgliederzeitschrift, Alina Jensen für Öffentlichkeitsarbeit sowie innerverbandliche Kommunikation und Jenny Wehnert für den Bereich Unternehmenskommunikation und Partnerschaften unverändert.

Der Bereich der Verwaltung und der Finanzen unter Leitung von Astrid Schlüter blieb 2025 mit Galina Reising für die Verwaltung der Mitgliederzeitschrift, das Mitgliederwesen und Spenden sowie Rongjuan Rhode im Bereich Buchhaltung und Rechnungswesen unverändert. Konstant unterstützen auch die Office-Mitarbeiter\*innen Florian Neudorf und, vor allem für Veranstaltungen, Maxi Wolff die Arbeit des ganzen Teams. Zuständig für das Materiallager, den Versand und die Logistik bleibt Zeynep Özbay.



## **Stellungnahmen des Bundesverbandes zu Gesetzesvorhaben 2025**

Der Kinderschutzbund Bundesverband nimmt regelmäßig Stellung zu relevanten Gesetzentwürfen, um die Perspektive und die Rechte von Kindern in Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Nachfolgend sind die Stellungnahmen aus dem Jahr 2025 in zusammengefasster Form aufgeführt.

### **Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung**

*Veröffentlicht am 7. August 2025*

Im Frühjahr 2024 hat das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung zum Abstammungsrecht die Rechte leiblicher Väter gestärkt. Hintergrund der Entscheidung war die Klage eines leiblichen Vaters: Sein Kind kam auf die Welt, kurz nach der Geburt trennten sich die Eltern. Die Vaterschaft wurde durch den neuen Lebenspartner der Mutter anerkannt. Dieser baute im Folgenden dann auch eine enge Beziehung zu dem Kind auf. Nun war die Frage: Kann der leibliche Vater die Vaterschaft anfechten? Nach bisheriger Rechtslage war das nicht möglich. Das Bundesverfassungsgericht hingegen gab dem leiblichen Vater ein entsprechendes Recht und dem Gesetzgeber den Auftrag, das Recht zur Anfechtung der Vaterschaft neu zu regeln. Zu einem entsprechenden Referentenentwurf des Justizministeriums hat der Bundesverband Stellung genommen. Der Bundesverband begrüßt, dass der Referentenentwurf zentrale Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aufgreift und das Mitspracherecht von Kindern stärkt. Er warnt jedoch eindringlich vor erheblichen Risiken für die Rechtssicherheit und das Kindeswohl, durch die vorgesehene „zweite Chance“ der Vaterschaftsanfechtung, und fordert klare Nachbesserungen, um Kinder vor immer wieder neu aufkommenden Konflikten und Streitigkeiten zu ihrer Abstammung zu schützen.

### **Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz**

*Veröffentlicht am 19. September 2025*

Häusliche Gewalt stellt in Deutschland nach wie vor eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit und das Wohl von Kindern und Eltern dar. Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Gewaltschutzgesetzes will die Bundesregierung den Schutz von Betroffenen verbessern. Vorgesehen ist unter anderem die Einführung einer bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlage zur Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung („Fußfessel“) durch Familiengerichte, sowie verpflichtende Täterarbeit, um gewaltbereite Personen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Die Betroffenheit von Kindern ist unter anderem durch Ergänzungen im Umgangsrecht mitbedacht. Der Bundesverband bewertet den Gesetzesentwurf insgesamt als positiven Baustein beim Schutz von betroffenen Eltern und Kindern bei häuslicher Gewalt. Er betont jedoch, dass der Entwurf unbedingt mit zahlreichen anderen Maßnahmen flankiert werden muss, um häuslicher Gewalt wirksam entgegenzutreten.



## **Stellungnahme zum Referentenentwurf zur Reform des Bürgergeldes (13. SGB II Änderungsgesetz)**

*Veröffentlicht am 20. November 2025*

Die Bundesregierung hat sich im Oktober 2025 auf eine Reform der Grundsicherung geeinigt, die schärfere Sanktionen für Leistungsbeziehende vorsieht – bis hin zur vollständigen Streichung von Zahlungen und der Unterstützung zur Unterkunft. Der Bundesverband äußert besondere Sorge hinsichtlich der möglichen Auswirkungen dieser Sanktionsregelungen auf Kinder. Denn es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder in Deutschland ausreichend Essen, Kleidung oder Schulmaterialien zur Verfügung haben. Durch die neuen Sanktionsmöglichkeiten bei den Kosten der Unterkunft ergibt sich zudem sogar die Gefahr, dass Kinder in die Obdachlosigkeit sanktioniert werden. Der Bundesverband fordert daher eine ausdrückliche Ausnahmeregelung des Sanktionssystems für alle Haushalte mit Kindern und macht dafür in seiner Stellungnahme auch einen ganz konkreten Formulierungsvorschlag.

## **Stellungnahme zum Referentenentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft**

*Veröffentlicht am 25. November 2025*

Künftig sollen bei bestimmten binationalen Eltern-Konstellationen Vaterschaften nur anerkannt werden, wenn die Ausländerbehörde vorher geprüft hat, dass kein Missbrauch vorliegt. In seiner Stellungnahme kritisiert der Bundesverband, dass durch die Reformvorschläge eine vorgeburtliche Vaterschaftsanerkennung für die betroffenen Familien deutlich erschwert wird. Trotz der in Einzelfällen bestehenden Missbrauchsgefahr spricht er sich im Ergebnis dagegen aus, dass bei Fällen eines sogenannten „Aufenthaltsrechtsgefälles“ die Ausländerbehörden automatisch eingeschaltet werden bzw. ein Gentest vorgelegt werden muss. Das Risiko eines Missbrauchs und einer damit verbundenen Falscheintragung ist nach Einschätzung des Bundesverbandes nur im Ausnahmefall gegeben und wiegt die Verzögerungsrisiken des Verfahrens für die Vielzahl der betroffenen Kinder nicht auf.

## **Weitere Positionierungen**

Neben Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben positioniert sich der Bundesverband auch zu aktuellen kinder- und familienpolitischen Entwicklungen, etwa durch Fachstatements und Pressemitteilungen sowie durch Appelle und offene Briefe – teils gemeinsam mit anderen Organisationen. Alle Veröffentlichungen finden Sie auf der Website des Bundesverbandes unter: [kinderschutzbund.de](https://www.kinderschutzbund.de)

## Kommunikation

### **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Die Pressearbeit des Kinderschutzbund Bundesverbandes im Jahr 2025 stand im Zeichen zentraler gesellschafts- und sozialpolitischer Debatten, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen unmittelbar betreffen. Ein Schwerpunkt lag auf der Bundestagswahl und den damit verbundenen politischen Positionierungen: Der Bundesverband hat kinderrechtliche und kinderschutzbezogene Anliegen in den öffentlichen Diskurs eingebracht und die Bedeutung verlässlicher Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen betont. Nach der Regierungsbildung setzte er diese kommunikative Linie fort und adressierte die neue Bundesregierung mit klaren Erwartungen an eine kindgerechte Sozial- und Familienpolitik. Darüber hinaus begleitete der Bundesverband wichtige sozialpolitische Entwicklungen – unter anderem mit Blick auf mögliche Verschärfungen in der Grundsicherung – und machte auf die Folgen für armutsbetroffene Kinder aufmerksam. Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Schutz vor Gewalt: Im Rahmen des Internationalen Tages der Kinderrechte hat der Kinderschutzbund gemeinsam mit Partnerorganisationen Forderungen zur Stärkung des Kinderschutzes und zur konsequenten Priorisierung des Gewaltschutzes in Sorge- und Umgangsfragen öffentlich kommuniziert. Insgesamt hat der Bundesverband damit seine Rolle als kinderrechtliche Stimme in Politik und Öffentlichkeit weiter gestärkt und relevante Debatten kontinuierlich aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen begleitet.

Ergänzend zur Pressearbeit setzt der Bundesverband auf kontinuierliche, eigene Kommunikationsformate, um kinderpolitische Themen einzuordnen und Positionen zu vermitteln. Der kinderpolitische Newsletter des Bundesverbandes informiert regelmäßig über aktuelle kinder- und familienpolitische Entwicklungen und stellt die Positionen des Verbandes dar. Im Jahr 2025 hat der Bundesverband insgesamt zwölf Ausgaben des Newsletters versendet. Er kann von allen Interessierten abonniert werden unter: [kinderschutzbund.de/newsletter](https://kinderschutzbund.de/newsletter)

Aufgrund von Veränderungen im Bereich der sozialen Medien in Bezug auf die Plattform X (ehemals Twitter), hat sich die Bedeutung des Netzwerks LinkedIn für den Kinderschutzbund Bundesverband verschoben. Ursprünglich wurde der Kanal vor allem dafür genutzt, das bestehende Netzwerk an Partnerschaften auszubauen. Die LinkedIn-Community hat allerdings starken Zulauf von Menschen erfahren, die sich auf diesem Kanal politisch positionieren, solidarisieren und über Haltungen austauschen. So gibt das Netzwerk zunehmend Debatten Raum, welche zuvor üblicherweise auf X geführt wurden. Der Bundesverband hat im Jahr 2025 nach und nach auf diese Entwicklungen reagiert und den Kanal inhaltlich erweitert. Die Follower\*innen des Kanals setzen sich nun aus Menschen zusammen, die im Bereich Corporate Social Responsibility von Organisationen arbeiten, politisch interessiert und engagiert sind, sowie Menschen, die in Kinderschutz-nahen Berufen tätig sind. Innerhalb dieses wachsenden Netzwerkes setzt der Bundesverband seine Positionen, Stellungnahmen, Medienberichte und Veröffentlichungen, um die öffentliche Reichweite hierfür zu verstärken. Sie finden den Bundesverband auf LinkedIn unter: [Der Kinderschutzbund Bundesverband](https://www.linkedin.com/company/der-kinderschutzbund-bundesverband)

Während sich Pressearbeit, Newsletter und LinkedIn auf politische und fachliche Einordnung konzentrieren, nutzt der Bundesverband Instagram, um Eltern und andere Erziehungsverantwortliche mit alltagsnahen Inhalten rund um das Aufwachsen von Kindern zu erreichen. Ende 2025 zählte der Kanal über 11.000 Follower. Darunter befinden sich auch zahlreiche Landes- und Ortsverbände des Kinderschutzbundes, mit denen der Austausch sowie die gegenseitige digitale Unterstützung besonders wertvoll sind. Sie finden den Bundesverband auf Instagram unter: [der\\_kinderschutzbund](https://www.instagram.com/der_kinderschutzbund)

Neben der digitalen Kommunikation und der klassischen Pressearbeit ist der Bundesverband auch im direkten fachlichen Austausch präsent: Auf Fachmessen und Fachveranstaltungen stellt der Bundesverband seine Arbeit vor und bringt kinderpolitische Themen in den fachlichen Diskurs ein.

Ein zentraler Termin war der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT), der 2025 in Leipzig unter dem Motto „Weil es ums Ganze geht: Demokratie und Teilhabe verwirklichen!“ stattfand. Der DJHT, Deutschlands größter Fachkongress mit Messe zur Kinder- und Jugendhilfe, bringt alle vier Jahre Fachleute, Politiker\*innen, Träger und Interessierte zusammen. Auch der Kinderschutzbund war vertreten – mit eigenen Beiträgen im Kongress sowie einem Messestand, den einige Landesverbände unter Federführung des Landesverbandes Sachsen in Zusammenarbeit mit Nummer gegen Kummer und der BAG der Kinderschutzzentren organisierten. Ein besonderer Dank gilt dem Landesverband Sachsen für die gute Vorbereitung. Der Stand diente nicht nur als Treffpunkt, sondern informierte in fachlichen Talk-Runden über verschiedene Themen und die Arbeit der beteiligten Organisationen. Mit rund 30.000 Besucher\*innen war der DJHT für den Kinderschutzbund ein bedeutender und erfolgreicher Termin.

### **Innerverbandliche Kommunikation**

Mit den „Neuigkeiten für den Kinderschutzbund“ informiert der Bundesverband den Gesamtverband über aktuelle Themen, Fachveranstaltungen, Materialien und Fördermöglichkeiten. Im Jahr 2025 verschickte der Bundesverband insgesamt 57 Verbandsinfomails.

Das im Oktober 2022 eingerichtete Extranet hat sich als zentrale Informations- und Materialplattform im Verband etabliert. Erfreulicherweise greifen viele Orts- und Landesverbände regelmäßig auf die bereitgestellten Inhalte zu. Alle Mitarbeitenden des Kinderschutzbundes haben die Möglichkeit, einen Zugang zum Extranet zu erhalten. Falls Sie noch keinen Zugang haben, kontaktieren Sie bitte: [office@kinderschutzbund.de](mailto:office@kinderschutzbund.de)

Die (Einzel-)Mitglieder des Kinderschutzbundes werden über das Mitgliedermagazin erreicht. Seit der Ausgabe 1-23 erscheint dieses in neuem Design mit dem Titel „*Kinderschutz. Das Magazin*“. Die redaktionelle Leitung Johanna Kern sorgte gemeinsam mit dem Redaktionsbeirat Kinderschutz. Das Magazin dafür, dass die Mitglieder des Kinderschutzbundes über die Verbandsarbeit und wichtige Themen des Kinderschutzes informiert wurden. Schwerpunkte setzte die Redaktion 2025 auf die Themen „Ganztag als Lebensort“, „Endlich Sommerferien: Entwicklungszeit statt Lernlücke“, „Verbündete fürs Leben: Wie Geschwister uns prägen“ und „Jugendliches Engagement: Wo junge Menschen Verantwortung übernehmen“. Seit dem Jahr 2024 ist das Mitgliedermagazin auch digital verfügbar. Mitglieder entscheiden selbst, ob sie die digitale Ausgabe zusätzlich oder statt der gedruckten Ausgabe lesen möchten. Um die jeweils aktuelle Ausgabe lesen zu können, ist eine Registrierung erforderlich. Ende 2025 waren rund 1.500 Mitglieder als Leser\*innen des digitalen Magazins registriert. Sie finden das digitale Magazin unter: [kinderschutz-magazin.de](http://kinderschutz-magazin.de)



## **Digitale Veranstaltungen**

Mit seinen digitalen Veranstaltungen bot der Bundesverband zahlreiche Möglichkeiten zur fachlichen Vertiefung und Vernetzung. Im Jahr 2025 organisierte er hierzu eine Vielzahl digitaler Fach- und Vernetzungsveranstaltungen, darunter digitale Fachtage, thematische Foren, Workshops sowie das Format „Treffpunkt Kinderschutzbund“.

### **Kinder und Smartphones: Kompetent begleiten statt verbieten (11. März 2025)**

Kinder und Jugendliche wachsen in einer durch und durch digitalisierten Welt auf, in der digitale Dienste und Geräte von klein auf die Kindheit begleiten. Smartphones sind heutzutage generationenübergreifend integraler, häufig auch zentraler Bestandteil in nahezu jedem Haushalt in Deutschland. Gleichzeitig kommen immer wieder Forderungen und Fragen nach Altersgrenzen und Verboten auf. Der Kinderschutzbund hat dazu im Januar 2025 das Haltungspapier „Bildung und Begleitung vor Verboten und Kontrolle – Haltungspapier des Kinderschutzbundes zu einem Mindestalter bei Smartphones“ veröffentlicht. Dieses wurde von Elena Frense (Fachreferentin für Medien und Digitales) und Verena Alhäuser (Sprecherin des Bundesfachausschuss Digitales Leben) vorgestellt. Anschließend bestand die Möglichkeit zum thematischen Austausch.

### **Forum Fundraising: KI sinnvoll nutzen (20. März 2025)**

Im Forum Fundraising treffen sich seit 2023 regelmäßig mit dem Fundraising beauftragte Haupt- und Ehrenamtliche im Kinderschutzbund, um sich inspirieren zu lassen und über die aktuellen Trends im Fundraising auszutauschen. Das erste Forum im Jahr 2025 stand ganz im Zeichen der Künstlichen Intelligenz und ihres großen Potenzials für Fundraiser\*innen. KI kann unter anderem die Recherche nach Stiftungen und potenziellen Partnern sowie das Verfassen von Förderanträgen erheblich erleichtern. Bereits der Einsatz kostenloser KI-Tools kann im Arbeitsalltag eine spürbare Zeitersparnis bringen. Im Forum wurden die besten KI-Tools vorgestellt. Zudem profitierten die Teilnehmenden von den Erfahrungen anderer Landes- und Ortsverbände und nutzten die Gelegenheit, gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Moderiert wurde das Forum von Jenny Wehnert (Referentin für Unternehmenskommunikation, Partnerschaften und Kooperationen).

### **Digitaler Fachtag Fachberatungsstellen (1. April 2025)**

Der Kinderschutzbund bietet ein breites Spektrum an Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei die Fachberatungsstellen im Kontext von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, zu denen auch die Kinderschutzzentren und Kinderschutzdienste zählen. Die fachliche Arbeit in diesem Bereich hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesmitgliederversammlung im Jahr 2023 verbindliche Qualitätsstandards für die Beratungsstellen im Kinderschutzbund. Um die Umsetzung dieser Standards zu unterstützen, fand am 1. April 2025 ein digitaler Fachtag statt. Im Rahmen des Fachtags gab es Beiträge und Austauschmöglichkeiten zu unterschiedlichen Aspekten der Beratungsarbeit im Kinderschutzbund. Der Fachtag wurde von Rebekka Schuppert, Fachreferentin für Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband, und Konstanze Butenuth, Fachreferentin für präventiven Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband, fachlich geleitet und moderiert. Der Fachtag zeigte deutlich, wie wichtig und wertvoll der fachliche Austausch innerhalb des Kinderschutzbundes ist.



### **Fachtag Anti-Diskriminierung anlässlich des Tages der gewaltfreien Erziehung (28. April 2025)**

Anlässlich des Tages der gewaltfreien Erziehung bot der Bundesverband zwei Tage zuvor wieder ein digitales Format an. Der Schwerpunkt lag 2025 auf Anti-Rassismus und Anti-Diskriminierung. In diskriminierenden Kontexten erfahren Kinder Gewalt in ihrem Aufwachsen und werden oft nachhaltig davon geprägt. Zum einen wurde beleuchtet, was für rassistische Übergriffe Kinder in ihrem Lebensumfeld erfahren, zum anderen ging es darum, für Alltagsrassismus zu sensibilisieren und eigene und gesellschaftliche Vorurteile kritisch zu reflektieren. Darüber hinaus berichteten Akteur\*innen aus dem Kinderschutzbund, welche Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungsstrategien sie in ihrer Arbeit einsetzen. Der Fachtag wurde von Rebekka Schuppert, Fachreferentin für Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband, und Konstanze Butenuth, Fachreferentin für präventiven Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband, fachlich geleitet und moderiert.

### **Treffpunkt Kinderschutzbund: Schutz vor sexualisierter Gewalt im Sport in Kooperation mit Safe Sport (3. Juni 2025)**

Der Kinderschutzbund wird regelmäßig zu dem Thema Gewalt im Sport angefragt und leider ist Gewalt im Sport keine Seltenheit – darüber berichteten Ina Lambert und Michaela Juch von der Unabhängigen Ansprechstelle Safe Sport e.V. Die Fachberatungsstelle für Betroffene und Unterstützer\*innen berät seit Juli 2023 bundesweit zu Fällen interpersoneller Gewalt im Breiten- und Spitzensport. Ratsuchende erhalten dort psychologische und juristische Unterstützung – telefonisch, online oder vor Ort in Berlin, anonym und kostenfrei. Ina Lambert und Michaela Juch stellten das Beratungsangebot vor und beantworteten Fragen zum Themenfeld. Fachlich begleitet und moderiert wurde der Fachtag von Rebekka Schuppert, Fachreferentin für Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband.

### **Weltspieltag: „Kinderrechte lebendig machen“ – gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Sportjugend (11. Juni 2025)**

Kinder haben Rechte. Sie sollen über diese Rechte informiert sein und sie im Alltag leben können. Gelebte Kinderrechte stärken ihre Resilienz und ihr Selbstbewusstsein. Im Rahmen der Veranstaltung wurde der Frage nachgegangen, wie die Kinderrechte in Sportvereinen oder in Freizeiteinrichtungen des Kinderschutzbundes lebendig und erfahrbar gemacht werden können. Moderiert wurde der Workshop von Konstanze Butenuth, Fachreferentin für präventiven Kinderschutz und Rebekka Schuppert, Fachreferentin für Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband.

### **Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Netz: Cybergrooming – was ist das und wie können wir damit umgehen? (23. Juni 2025)**

Cybergrooming ist eine Form von Gewalt im Netz, der viele Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene wissen jedoch nicht, was das genau ist, woran man Cybergrooming erkennen kann und wie der Kinderschutzbund helfen und beraten kann. Der Bundesverband hat zusammen mit dem Internet ABC umfangreiche Materialien zum Thema Cybergrooming erstellt. In der Veranstaltung wurde erläutert, was es zu beachten gilt und wie der Kinderschutzbund vor Ort aktiv werden kann. Die Veranstaltung wurde von Elena Frense (Fachreferentin für Medien und Digitales) und Valentina Lauer (Projektleitung Safe im Recht und Mitglied des Bundesfachausschuss Digitales Leben) durchgeführt.



### **FORUM SPENDENBOX (26. Juni 2025)**

Das Thema Finanzierung ist für alle Kinderschützer\*innen ein ständiges und unumgängliches Thema. Deshalb haben die Kinderschutzbund-Verbände Köln und Nürnberg mit Unterstützung des Bundesverbandes eine Möglichkeit geschaffen, Ideen und erfolgreiche Projekte aus allen Ecken Deutschlands für alle Organisationen erfahrbar werden zu lassen. Im FORUM SPENDENBOX wurden Best-Practice Beispiele vorgestellt, hilfreiche Tipps ausgetauscht und gemeinsam an Ideen für noch „unfertige“ Projekte gearbeitet. Zum Treffen eingeladen haben Jenny Wehnert (Referentin für Unternehmenskommunikation, Partnerschaften und Kooperationen) und die beiden Moderatoren Christian Höllfritsch (Geschäftsführung Kinderschutzbund Nürnberg) und Lars Hüttler (Geschäftsführung Kinderschutzbund Köln).

### **Handwerkszeug für armutssensibles Handeln in der Praxis (insgesamt 15 Workshops im Zeitraum 2024/2025)**

Der digitale Workshop hat Praktiker\*innen des Kinderschutzbundes zum Thema Kinderarmut in Deutschland mit aktuellen Daten und Fakten versorgt und ihnen konkretes Handwerkszeug und neue Ideen im Umgang mit armutsbetroffenen Kindern und Familien für ihren Arbeits- oder Ehrenamtsalltag mitgegeben. Denn nur durch eine besonders hohe Sensibilisierung von Praktiker\*innen kann sichergestellt werden, dass Kinder trotz bestehender monetärer Nachteile in Einrichtungen und Diensten des Kinderschutzbundes bedarfsgerecht begleitet und unterstützt werden. Ergänzend fand in der zweiten Jahreshälfte ein Train-the-Trainer-Format für die Teilnehmenden der Workshops 2024/2025 statt, in dem 14 Expert\*innen zu Trainer\*innen ausgebildet wurden. Diese werden den Workshop künftig mithilfe des entwickelten Kolloquiums und der Materialien eigenständig im Verband weiterführen. Die Workshops sowie das Train-the-Trainer-Format wurden von Paula Wenning, Fachreferentin für Kinderarmut und Familienrecht beim Kinderschutzbund Bundesverband und Konstanze Butenuth, Fachreferentin für präventiven Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband fachlich geleitet.

### **Kinder schützen! Medien verbieten? Haltung des Kinderschutzbundes zum Social Media-Verbot für unter 16-Jährige und Smartphoneverbot an Schulen (21. Juli 2025)**

Spätestens seit Australien ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige beschlossen hat, werden auch in Deutschland entsprechende Forderungen zunehmend lauter. Was auf den ersten Blick wie eine einfache Lösung erscheint, um Kinder und Jugendliche vor den Risiken sozialer Medien zu schützen, ist jedoch nicht nur aus kinder- und grundrechtlicher Perspektive problematisch, sondern auch praktisch schwer umsetzbar. Ähnliches gilt für Forderungen nach einem Smartphone-Verbot an Schulen. Elena Frende, Fachreferentin für Medien und Digitales beim Kinderschutzbund Bundesverband stellte die Haltung des Bundesverbandes zu beiden Fragestellungen vor. Anschließend gab es die Möglichkeit zum fachlichen Austausch.



### **Vorstellung der nationalen Dunkelfeldstudie zu sexualisierter Gewalt (30. September 2025)**

Die Dunkelfeldstudie „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Eine bundesweite, auf Repräsentativität ausgelegte Befragung zu Prävalenz, situativem Kontext und den Folgen“, die im Juni 2025 veröffentlicht wurde, zeigt, dass das Ausmaß der Gewalt höher ist als landläufig vermutet. Die Studie wurde vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit initiiert und im Rahmen des Deutschen Zentrums für Psychische Gesundheit zusammen mit der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik in Ulm und dem Kriminologischen Institut in Heidelberg in Kooperation mit dem Umfrageinstitut infratest dimap durchgeführt und u.a. mit Mitteln des Kinderschutzbundes finanziert. Der Leiter der Studie Prof. Harald Dressing stellte zentrale Ergebnisse vor, welche von Kinderschutzbund-Präsidentin Prof. Dr. Sabine Andresen kommentiert wurden.

### **FORUM SPENDENBOX (9. Oktober 2025)**

Im FORUM SPENDENBOX im Oktober kamen die Teilnehmenden digital zusammen, um kreative Fundraising-Ideen, Best-Practice-Beispiele und hilfreiche Materialien zu teilen. Kurze Vorstellungen von Maßnahmen aus der Verbandsarbeit boten Inspiration, anschließend wurden in der virtuellen Tauschbörse Tipps und Materialien gesammelt. Zum Abschluss gab es in der Ideenschmiede Raum für Austausch und gemeinsames Brainstorming zu Projektideen. Moderiert und durchgeführt wurde das Forum wieder von den Kinderschutzbund-Verbänden Köln und Nürnberg in Kooperation mit dem Bundesverband.

### **Familienpatenschaften im Kinderschutzbund (6. November 2025)**

Die Familienpatenschaften sind ein wichtiges Aufgabenfeld des Kinderschutzbundes im Bereich der Frühen Hilfen und darüber hinaus. Ehrenamtliche Familienpatenschaften benötigen tragfähige hauptamtliche Strukturen, denn eine gute Qualifizierung, ein sorgfältiges Matching und die nötige Supervision sind unerlässlich für ihr Gelingen. Auf diesem Fachtag hatten die Koordinator\*innen der Patenschaftsprojekte des Kinderschutzbundes die Gelegenheit, sich bundesweit über ihre Praxis, ihre Erfolge und die aktuellen Herausforderungen auszutauschen. Der Fachtag wurde von Konstanze Butenuth, Fachreferentin für präventiven Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband, fachlich geleitet und moderiert.

### **Treffpunkt Kinderschutzbund zur Gefährdungsstatistik 2024 mit der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik der TU Dortmund (19. November 2025)**

Einmal jährlich erscheinen die Daten der sogenannten "8a-Statistik". Darin sind u. a. die Zahl der Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls (Paragraf 8a Abs. 1 SGB VIII) und das Ergebnis der Gefährdungseinschätzungsverfahren sowie die ggf. eingeleiteten Maßnahmen dokumentiert.

Der Fachtag wurde von Rebekka Schuppert, Fachreferentin für Kinderschutz beim Kinderschutzbund Bundesverband fachlich geleitet und moderiert. Dr. Thomas Mühlmann von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (TU Dortmund) ordnete die Zahlen ein. Im Anschluss bestand die Möglichkeit zum Austausch.



### **Hinweise zum Umgang mit Nachlässen im Kinderschutzbund – ein Leitfaden (20. November 2025)**

Nachlässe sind eine besondere Form der Unterstützung – sie sind Ausdruck tiefen Vertrauens und ermöglichen nachhaltiges Engagement für den Kinderschutz. Doch was bedeutet es für einen Verband, als Erbe oder Vermächtnisnehmer bedacht zu werden? Welche ethischen Fragen müssen vorab geklärt werden? In dieser Veranstaltung stellte Jenny Wehnert, Referentin für Unternehmenskommunikation, Partnerschaften und Kooperationen im Bundesverband, den Leitfaden zum Umgang mit Nachlässen vor. Rechtliche Grundlagen wurden erläutert und über Chancen und Risiken aufgeklärt. Zudem gab es praktische Tipps, wie Landes- und Ortsverbände Nachlässe professionell und respektvoll bearbeiten können.

### **Aktuelle Entwicklungen von Social Media (Meta/X) und wie wir als Kinderschutzbund damit umgehen (können) (8. Dezember 2025)**

Social Media entwickelt sich rasant in bedenkliche Richtungen. Gerade die Plattformen von Meta (Facebook, Instagram) und X (ehemals Twitter) lassen zunehmend Hass und Fake News unter dem Label der Meinungsfreiheit zu. Kinder nutzen diese Plattformen immer intensiver, und auch der Kinderschutzbund setzt Social Media in seinen Angeboten und für seine Arbeit ein. In der Fachveranstaltung wurden die aktuellen Entwicklungen der Plattformen vorgestellt und gemeinsam diskutiert, welche Bedeutung sie für den Kinderschutzbund haben, welche Aspekte besonders zu beachten sind (u.a. extremistische Codes und (rechts-)extreme Strategien), wie mit diesen Herausforderungen umgegangen werden kann und welche Alternativen gegebenenfalls zur Verfügung stehen. Die Fachveranstaltung wurde von Elena Frense, Fachreferentin für Medien und Digitales beim Bundesverband, und Verena Alhäuser, Vorstandsmitglied im Landesverband Rheinland-Pfalz und freie Referentin für Medienkompetenz in Familien, fachlich geleitet und moderiert. André Weber, Vorstandsvorsitzender beim Ortsverband Harzkreis, ergänzte die Veranstaltung mit praxisnahen Einblicken aus der Arbeit vor Ort.

Alle Veranstaltungen wurden über die Verbandsinfomail „Neuigkeiten für den Kinderschutzbund“ sowie das Extranet angekündigt und richteten sich an Fachkräfte, Ehrenamtliche und Verantwortliche im Kinderschutzbund.



## Innerverbandliche Gremien

### **Bundesmitgliederversammlung**

Die Bundesmitgliederversammlung fand am 17. Mai 2025 in Saarbrücken statt. Neben der Entlastung des Bundesvorstandes und dem Beschluss des Haushaltsplanes 2025 wurde Folgendes beschlossen:

#### ***Resolution „Neue Bundesregierung in der Verantwortung: Gutes Aufwachsen nicht dem Zufall überlassen!“***

Die Bundesmitgliederversammlung hat den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD kommentiert und Erwartungen an die neue Bundesregierung formuliert. Die Resolution wurde auch auf der Webseite des Kinderschutzbund Bundesverbandes eingestellt.

#### ***Änderung der Mustersatzung für Landesverbände (Flächenländer)***

Die Bundesmitgliederversammlung hat den Antrag des Vorstandes des Landesverbandes Rheinland-Pfalz mit dem Titel „Änderung der Mustersatzung für Landesverbände (Flächenländer)“ beschlossen. Auf Grundlage dieses Beschlusses können die Landesverbände ihre Satzungen freiwillig entsprechend anpassen. Erfolgt eine solche Anpassung, besteht die Möglichkeit, in den jeweiligen Bundesländern bereits mit sieben Mitgliedern einen Kinderschutzbund auf lokaler Ebene zu gründen.

#### ***Klimaschutz ist Kinderschutz***

Die Bundesmitgliederversammlung hat den Antrag des Bundesvorstandes mit dem Titel „Klimaschutz ist Kinderschutz“ beschlossen. Mit diesem Beschluss soll dazu ermutigt werden, erste Schritte im Kampf gegen den Klimawandel zu unternehmen. Gleichzeitig bringt er die Bereitschaft des Kinderschutzbundes zum Ausdruck, sich aktiv an dem Transformationsprozess hin zu einer klimaneutralen Zukunft zu beteiligen.

#### ***Empfehlungen im Umgang mit demokratiefeindlichen/m Personen, Handeln und Bewegungen***

Die Bundesmitgliederversammlung hat auf Antrag der Landesverbände Sachsen und Niedersachsen Empfehlungen im Umgang mit demokratiefeindlichen/m Personen, Handeln und Bewegungen beschlossen. Darüber hinaus wurde der Bundesverband verpflichtet, einen regelmäßig stattfindenden Verbandsaustausch zum Thema zu organisieren und eine Arbeitshilfe zum Umgang mit demokratiefeindlichen Akteuren zu erstellen.

#### ***Einrichtung einer bundesweiten digitalen Plattform für Materialaustausch und Vernetzung***

Die Bundesmitgliederversammlung hat den Bundesverband beauftragt zu prüfen, inwiefern eine bundesweite digitale Plattform für Materialaustausch und Vernetzung umsetzbar ist, wobei die im Beschluss festgehaltenen Hinweise und Ideen berücksichtigt werden sollen.

#### ***Gerechtes Wohnen für Kinder und ihre Familien***

Die Bundesmitgliederversammlung hat den Antrag der Verbände Schleswig-Holstein und Ostholstein mit dem Titel „Gerechtes Wohnen für Kinder und ihre Familien“ beschlossen. Damit bekräftigt der Kinderschutzbund, sich verstärkt dem Problem zu widmen, dass Wohnraum für Kinder, Jugendliche und Familien nicht in angemessenem Umfang zur Verfügung steht. Im Beschluss werden Handlungsfelder für den Kinderschutzbund aufgezeigt.



### **Kindgerechter Ganzttag**

Mit dem Beschluss zum Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein unter dem Titel "Kindgerechter Ganzttag" betont die Bundesmitgliederversammlung die Bedeutung eines qualitativ hochwertigen und kindgerechten Ganztagsangebots. Der Kinderschutzbund formuliert darin geeignete Standards als richtungsweisendes Ziel für die Ausgestaltung eines guten Ganztags.

### **Zugang zu Beschlüssen und Protokoll der Bundesmitgliederversammlung 2025**

Die Beschlüsse der Bundesmitgliederversammlung finden Sie im Extranet unter Materialien → Beschlüsse oder über die Suchfunktion.

Das ausführliche Protokoll der Bundesmitgliederversammlung steht dem Verband ebenfalls im Extranet zur Verfügung, unter Materialien → Kinderschutztage → 2025.

Zum Extranet gelangen Sie über die Website des Kinderschutzbund Bundesverbandes unter: [kinderschutzbund.de](https://kinderschutzbund.de)

Alle Mitarbeitenden des Kinderschutzbundes haben die Möglichkeit, einen Zugang zum Extranet zu erhalten. Falls Sie noch keinen Zugang haben, kontaktieren Sie bitte: [office@kinderschutzbund.de](mailto:office@kinderschutzbund.de)

### **Gemeinsame Sitzungen des Bundesvorstandes und der Landesvorstandskonferenz**

Der Bundesvorstand und die Landesvorstandskonferenz kamen 2025 dreimal zusammen. Neben der Sitzung auf den Kinderschutztagen gab es auch eine Sitzung in Präsenz in Göttingen – diese Sitzung fand diesmal an zwei Tagen statt, um die Vielzahl an Themen, die sich aus Debatten im Verband ergeben haben, gut besprechen zu können.

Für den Vorsitz der Landesvorstandskonferenz wurden Ende 2025 Susanna Kaiser (Landesverband Bayern) und ihre Stellvertretung Gaby Flößer (Landesverband NRW) in ihren Ämtern bestätigt.

Neben dem Austausch und Beratungen über die jeweils aktuellen kinderpolitischen Entwicklungen auf Bundesebene und in den Ländern war unter anderem ein großes Thema die Haltung und Zusammenarbeit mit Childhood-Häusern – hierzu fand ein Gespräch zwischen der LVK und der Geschäftsführung der World Childhood Foundation, Dr. Astrid Helling-Bakki, statt. Daneben spielten Themen wie die Position des Kinderschutzbundes zur Vorbereitung auf Krisenszenarien und Stärkung von Resilienz im schulischen Kontext eine Rolle sowie Themen zu Ganzttag und institutionalisierter Kindheit, die Umsetzung von gemeinsamen Standards im Verband, Themen des Kinderschutzes in Medien und Digitalisierung, die Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt sowie als immer wiederkehrender Punkt das Thema Schutzkonzepte.

Die LVK hat verstärkt zu vielen Themen in kleinen Ad-hoc-Arbeitsgruppen gearbeitet und Themen vertieft oder vorbereitet: Eine sinnvolle Befassung in den Gremien wäre ohne diese Vorbereitung kaum möglich gewesen.

## **Geschäftsführer\*innenkonferenz**

Die Konferenz der Geschäftsführungen der Landesverbände trat im Jahr 2025 dreimal zusammen.

Sprecher\*innen der Konferenz sind Christian Neumann (Landesverband Berlin), der seine Aufgabe im Jahr 2025 aus gesundheitlichen Gründen nicht wahrnehmen konnte, und Susanne Günther (Landesverband Schleswig-Holstein).

Neben dem Austausch über die jeweils aktuellen kinderpolitischen Entwicklungen auf Bundesebene und in den Ländern wurde über organisatorische und fachliche Entwicklungen in den Landesverbänden beraten. Darüber hinaus standen Debatten zur aktuellen Gesetzgebung des Bundes sowie zur Situation der Jugendhilfe vor Ort auf der Tagesordnung. Ebenso wurden viele Themen des Kinderschutzes in Digitalem und Medien behandelt. Auch strukturelle Entwicklungen des Verbandes sowie die ehrenamtliche und hauptamtliche Führung im Kinderschutzbund waren Gegenstand der Diskussionen. Darüber hinaus wurden der Blaue Elefant und das Thema Schutzkonzepte besprochen. Zudem standen diverse Fragen rund um Organisation, Personal und Finanzen der Landesverbände auf der Tagesordnung.

## **Bundesfachausschuss Kinderarmut**

Der Bundesfachausschuss Kinderarmut war 2025 vor allem mit der Analyse der rasant eintretenden Änderung der politischen Lage zum Thema Kinderarmut befasst und traf sich dafür nach der Sommerpause. So verschwand durch das Ende der Ampelkoalition, das Scheitern des Reformprojekts „Kindergrundsicherung“ von Lisa Paus und durch die Neuwahl im Frühsommer 2025 das Thema Kinderarmut – bis dato das große politische Kernthema – auf einmal von der politischen Agenda: Öffentlich und politisch scheinen die armutsbetroffenen Kinder in Deutschland in Vergessenheit geraten zu sein.

Das Thema Kinderarmut war aber 2025 für den Kinderschutzbund vor Ort weiter sehr drängend. Durch die steigende Inflation gerieten betroffene Familien auch 2025 stärker unter Druck und die zunehmend abwertenden Menschenbilder in den Armuts- und Bürgergelddebatten trafen auch die Kinder und Jugendlichen.

Um das Thema im Kinderschutzbund trotz der geänderten politischen Lage weiterhin gut zu bearbeiten, wurde der Bundesfachausschuss im Herbst 2025 im Verband erneut ausgeschrieben und soll 2026 neu gegründet werden. Der neue Bundesfachausschuss soll Ideen entwickeln und umsetzen, um innerverbandlich und politisch einen neuen Impuls zum Thema Kinderarmut zu setzen. Insbesondere soll der Bundesfachausschuss mehr innerverbandlich arbeiten, um den Verband zum Thema noch besser zu unterstützen und mehr Angebote zu machen.

Dem bisherigen Bundesfachausschuss Kinderarmut gehörten 2025 folgende Mitglieder an: Bonny Redelstorff (Ortsverband Wedel), Christian Neumann (Landesverband Berlin), Manfred Walhorn (Landesverband Nordrhein-Westfalen), Klaus-Peter Lohest (Rheinland-Pfalz), Ida Leopold (Ortsverband Moosburg), Prof. Dr. Ulrich Klemm (ehem. Landesverband Sachsen), Heinz Hilgers (Ehrenpräsident Bundesverband) Paula Wenning (Bundesverband). Der Kinderschutzbund dankt für die gute und langjährige Zusammenarbeit.

## **Bundesfachausschuss Digitales Leben**

Der Bundesfachausschuss Digitales Leben hat die fachpolitische Auseinandersetzung mit Themen rund um Medien und Digitales zur Aufgabe. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bundesfachausschusses zählen unter anderem die laufende Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen im Bereich Digitalisierung, KI, der Mediennutzung und -erziehung sowie dem Kinder- und Jugendmedienschutz. Zudem ist es seine Aufgabe, aktuelle Trends wahrzunehmen, zu analysieren und einzuordnen sowie sich daraus ableitende potenzielle Risiken und Chancen für Kinder und Jugendliche zu erkennen. Zur Beratung des Bundesvorstandes werden Diskussionen zu laufenden Gesetzgebungen geführt und zu den Themen Positionierungen und Stellungnahmen verfasst.

Im Jahr 2025 fanden insgesamt vier Sitzungen statt, davon drei in digitaler Form sowie eine zweitägige Klausur in Präsenz beim Kinderschutzbund Frankfurt (Main). Dem Bundesfachausschuss gehören folgende Mitglieder an: Verena Alhäuser (Landesverband Rheinland-Pfalz und Ortsverband Hachenburg) und Maria Dahlke-Wöhle (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern) als Sprecherinnen, Joachim Türk (Bundesvorstand, Landesverband Rheinland-Pfalz), Daniela Riedel (Landesverband Bayern), Valentina Lauer (Bezirksverband Frankfurt am Main, Safe im Recht), Olivia Alig (Ortsverband Frankfurt und Kreisverband Hochtaunuskreis) und Mandy Wettmarshausen (Landesverband Thüringen). Als zuständige Fachreferentin hat Elena Frense den Bundesfachausschuss von Seiten der Bundesgeschäftsstelle begleitet.

Themen waren 2025 unter anderem das Mindestalter beim ersten Smartphone, wozu der Bundesfachausschuss ein Haltungspapier erarbeitet und veröffentlicht hat, sowie die Debatten rund um das Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige. Damit verbunden waren das Thema Altersfeststellungs- bzw. Altersverifikationssysteme sowie das Smartphone-Verbot an Schulen.

Auch aktuelle Entwicklungen im Kontext Social Media und sich daraus ableitende Fragestellungen für den Verband wurden behandelt, wozu der Bundesfachausschuss ein Diskussionspapier erarbeitet und der LVK als Diskussionsgrundlage zur Verfügung gestellt sowie ein Fachforum auf den Kinderschutztagen in Saarbrücken durchgeführt hat.

Weitere Themen waren Cybergrooming und digitale Gewalt, Kindeswohlgefährdung im Kontext von Digitalem/Medien sowie Rechtsradikalismus im Netz. Zudem standen das EU-Gesetz zur Vorbeugung und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder (CSAM-Verordnung; Stichwort: Chatkontrolle) sowie die KI-Verordnung und damit verbunden KI und Kinderschutz auf der Agenda.

## **Redaktionsbeirat „Kinderschutz. Das Magazin“**

Der Redaktionsbeirat hat die Herausgabe von vier Ausgaben von *Kinderschutz. Das Magazin* im Jahr 2025 begleitet. Die Magazine sind in gedruckter und digitaler Form im März, Juni, September und Dezember 2025 erschienen.

Dem Beirat gehören folgende Mitglieder an: Susanna Kaiser (Landesverband Bayern) als Sprecherin, Joachim Türk (Vizepräsident, Landesverband Rheinland-Pfalz), Maria Dahlke-Wöhle (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern), Sina Ludwig (Kreisverband Landau-Südliche Weinstraße), Susanne Corinthenz (Landesverband Schleswig-Holstein) und Sarah-Janine Flocke (Ortsverband Essen).

Der Redaktionsbeirat hat im Jahr 2025 im Februar, im Mai und im Juli digital getagt und sich im November in Präsenz in Berlin getroffen.

## Arbeitsgruppe Begleiteter Umgang

Nachdem die Standards für den Begleiteten Umgang im Jahr 2022 überarbeitet und aktualisiert wurden, hat der Bundesvorstand entschieden, dass die Arbeitsgruppe weiterarbeiten soll. Im Wesentlichen hat sich die Arbeitsgruppe in den letzten Jahren mit der Überarbeitung der Broschüre zum Begleiteten Umgang beschäftigt. Nachdem im Berichtszeitraum alle neuen Inhalte zusammengetragen wurden, arbeitete die Arbeitsgruppe weiter an der Vereinheitlichung des Textes, und es wurden zahlreiche Korrekturen vorgenommen. Mit einem Abschluss ist im Jahr 2026 zu rechnen. Diese Broschüre stellt ein wichtiges Medium zur Darstellung der Grundlagen für diesen Arbeitsbereich im Kinderschutzbund dar und ist nützlich für fachöffentliche Aktivitäten.

Der Kinderschutzbund stellt fest, dass es im Begleiteten Umgang keine einheitliche Praxis der Jugendämter gibt. Aus diesem Grund spielen auch fachpolitische Aspekte in der Arbeitsgruppe eine wichtige Rolle. Sowohl die Reformpläne des Sorge- und Umgangsrechts, die sich auch die neue Bundesregierung vorgenommen hat, als auch Entwicklungen auf der europäischen Ebene zum Gewaltschutz bei häuslicher Gewalt geben Hoffnung, dass sich in dem Feld etwas bewegt.

Der Bundesverband wertet die bundesweite Fallerfassung des Begleiteten Umgangs aus. Um die Abfrage für die Ortsverbände zu vereinfachen, wurden im Berichtszeitraum kleine Nachbesserungen vorgenommen. Außerdem wurde zu Beginn des Jahres 2025 eine Veranstaltung angeboten, um die Anwendung des Abfragetools verständlich zu machen und Rückfragen klären zu können. Die Ergebnisse der Abfrage zum Jahr 2024 konnten in der AG Begleiteter Umgang des Landesverband Baden-Württemberg vorgestellt werden. In dem Austausch konnten wertvolle Erkenntnisse zur Nutzbarkeit der Abfrage für die Ortsverbände gewonnen werden. In Zukunft werden allen Ortsverbänden, die sich an der Abfrage beteiligen, die statistischen Daten ihres Ortsverbandes zur Verfügung gestellt. Dies war bisher nur auf Anfrage möglich. Die Ergebnisse der Abfrage können bundes-, landes- und kommunalweit Auskunft über die Arbeit im Begleiteten Umgang im Kinderschutzbund geben. Zudem kann durch die Erfassung die wichtige Arbeit des Begleiteten Umgangs sichtbar gemacht werden. Die Ergebnisse können wichtige Informationen für die aktuellen fachpolitischen Debatten beinhalten.

Durch verschiedene Personalwechsel vergrößert sich die AG. Gleichzeitig verabschiedete der Bundesverband Personen, die langjährig die Arbeit der AG geprägt haben. Im Berichtszeitraum gehörten folgende Personen der Arbeitsgruppe Begleiteter Umgang an: Kathrin Flögel (Ortsverband Ludwigshafen), Alexandra Schreiner-Hirsch (Landesverband Bayern), Andreas Färber (Landesverband Sachsen und Ortsverband Plauen), Julia Wahnschaffe (Landesverband Baden-Württemberg), Angela Bucher (Bezirksverband Darmstadt), Johanna Zapf-Messias (Bezirksverband Darmstadt), Bettina Müller (Ortsverband Ulm/Neu-Ulm), Katja Burschik (Landesverband Baden-Württemberg), Franca Buzza (Landesverband Baden-Württemberg). Martina Huxoll-von Ahn und Rebekka Schuppert begleiten den Bundesfachausschuss von Seiten der Bundesgeschäftsstelle.

## **Arbeitsgruppe kindgerechte Justiz / AG Familienrecht und Kinder im Verfahren**

Der AG kindgerechte Justiz gehörten 2025 folgende Mitglieder an: Prof. Dr. Ludwig Salgo (Ortsverband Frankfurt), Torsten Block (Landesverband Schleswig-Holstein), Iris Goerke-Berzau (Kinderschutzbund Schiedsgericht), Beate Naake (Bundesverband) und Paula Wenning (Bundesverband). Jana Rum (Ortsverband Bremen) und Iris Käßler-Krüger (Landesverband Baden-Württemberg) sind im Laufe des Jahres aus der AG zurückgetreten.

Aufgrund des Regierungswechsels im April 2025 gab es in der ersten Jahreshälfte eine „politische Pause“ bei den Reformbestrebungen im Familienrecht. Die neue Koalition hatte sich dann weniger umfassende Reformvorhaben als ihre Vorgänger\*innen in den Koalitionsvertrag geschrieben und selbst kleine Gesetzesvorhaben kamen zum Anfang der Legislatur kaum ins Rollen, sodass die AG zunächst nicht zusammentreten musste.

Im Sommer wurde dann vom Bundesvorstand beschlossen, dass die AG kindgerechte Justiz aufgelöst und durch eine neu zu konstituierende „AG Familienrecht und Kinder im Verfahren“ ersetzt werden soll. Zum einen, weil die eigentlichen Arbeitsaufträge – insbesondere die Erarbeitung einer Stellungnahme zur Vormundschaftsreform und von Qualitätsstandards für Verfahrensbeistände – durch die AG bereits umfassend abgearbeitet wurden. Zum anderen sollte durch eine Neugründung das Arbeitsprofil geschärft werden und weitere Personen mit passgenauer Expertise aus den Kinderschutzbünden vor Ort akquiriert werden. Der Fokus soll nun auf den anstehenden Reformvorhaben zum Familienrecht liegen.

Die Mitglieder der bisherigen AG trafen sich letztmalig im Herbst und begrüßten die Neugründung. Es herrschte Einigkeit, dass weitere Personen und ein neuer gemeinsamer Arbeitsmodus vorteilhaft für die Themenbearbeitung wären. Insoweit wurde auch die Einschätzung des Bundesvorstandes geteilt, dass eine passgenauere Arbeitsbeschreibung hilfreich sei und der Kinderschutzbund das Rechtsgebiet Familienrecht klar in den Fokus stellen sollte.

Die Ausschreibung für die neue „AG Familienrecht und Kinder“ erfolgte im Herbst 2025. Im Dezember 2025 berief der Bundesvorstand die neun AG-Mitglieder. Der neuen AG Familienrecht und Kinder gehören an: Dr. Anja Stiller (Landesverband Niedersachsen), Claudia Obenlünenschloss-Köster (Ortsverband Köln), Iris Goerke-Berzau (Kinderschutzbund Schiedsgericht), Lisa Baumann (Landesverband Sachsen), Prof. Dr. Ludwig Salgo (Ortsverband Frankfurt), Markus Engel (Ortsverband Gießen), Silke Schmitt (Ortsverband Rosenheim), Torsten Block (Landesverband Schleswig-Holstein), Beate Naake (Bundesverband) und Paula Wenning (Bundesverband).



## **Antragskommission**

Die Antragskommission kam 2025 einmal im Vorfeld der Kinderschutztage zusammen.

Ihr gehörten als Sprecher der Antragskommission Frank Breipohl (Kinderschutzbund Schopfheim) sowie als weitere Mitglieder Yvonne Bauer (Bundesvorstand), Rolf Himmelsbach (Bundesvorstand), Annabelle Gleske (Kinderschutzbund Frankfurt), Ansgar Sporkmann (Kinderschutzbund Düsseldorf) und Renate Blum-Maurice (Kinderschutzbund Landesverband NRW) an.

Die Antragskommission beriet die Anträge und gab verschiedene Empfehlungen zur Veränderung der Antragstexte. Im Jahr 2025 gab es im Vergleich zu den Vorjahren deutlich mehr Anträge aus dem Verband, was die Antragskommission ausdrücklich begrüßte. Die Rückfragen und Empfehlungen der Antragskommission, die von den Antragstellenden aufgegriffen wurden, halfen in den meisten Fällen, eine gute Verabschiedung der Anträge möglich zu machen.

## **Kassenprüfung**

Die vereinsrechtliche Kassenprüfung tagt einmal jährlich vor den Kinderschutztagen. Sie wurde durch die gewählten Kassenprüfer\*innen Ute Walker und Lars Hüttler durchgeführt.

Gegenstand der Prüfung war die satzungsgemäße sowie ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsmittel. Grundlage der Prüfung bildeten die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich der zugehörigen Kontennachweise sowie die Kostenstellenrechnung zum Haushalt. Ergänzend wurden die relevanten Prüfberichte und internen Berichte herangezogen.

Die Prüfung erfolgte stichprobenartig. Schwerpunkte bildeten insbesondere die Liquiditätskonten, die Spendenverwendung, das Online-Spendenmanagement sowie weitere wesentliche Geschäftsvorfälle. Darüber hinaus wurden ausgewählte Positionen aus dem Bereich Forderungen, Personalaufwendungen und Rückstellungen geprüft.

Im Ergebnis stellten die Kassenprüfer\*innen fest, dass der Bundesverband die Mittel im Jahr 2024 satzungsgemäß, wirtschaftlich und sorgfältig verwendet hat. Die Kassenprüfer\*innen empfahlen der Mitgliederversammlung 2025 mithin die Entlastung des Vorstands für den Haushalt 2024.

## **Finanzbeirat**

Dem Finanzbeirat des Bundesverbandes gehörten bis Mai 2025 Gaby Flösser (Landesverband Nordrhein-Westfalen), Susanne Günther (Landesverband Schleswig-Holstein) und Wolfgang Berzau (Landesverband Sachsen-Anhalt) an. Die LVK wählte im Mai 2025 den Finanzbeirat neu. Seitdem gehören ihm an: Gaby Flösser (Landesverband Nordrhein-Westfalen), Susanne Günther (Landesverband Schleswig-Holstein) und Andreas Kalbitz (Landesverband Berlin).

Aufgabe des Finanzbeirats ist es, den Bundesvorstand bei der strategischen Haushaltsführung zu beraten. Die Haushaltsplanung 2025 stellte im Wesentlichen eine Fortschreibung des Vorjahres dar. Die geplante Rücklagenentnahme fiel geringer aus, da Erbschaftserlöse berücksichtigt werden konnten. Gehaltssteigerungen wurden vorsorglich mit fünf Prozent kalkuliert. Darüber hinaus wurde erörtert, wie künftig praktikable und unbürokratische Instrumente zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsgaps bei Landes- oder Ortsverbänden ausgestaltet werden könnten.



### **Mitarbeit im Paritätischen Wohlfahrtsverband**

Der Kinderschutzbund wirkte an vielen Stellen im Paritätischen Wohlfahrtsverband mit.

Fachlicher Austausch und Zusammenarbeit erfolgten durch die Mitwirkung im Arbeitskreis Familienhilfe/Familienpolitik sowie im Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe. In beiden Arbeitsformen konnten die fachlichen Positionen des Kinderschutzbundes in den Handlungsfeldern gut eingebracht werden.

Darüber hinaus wirkte der Kinderschutzbund in der Konferenz der überörtlichen Mitgliedsorganisationen sowie insbesondere als Mitglied im Verbandsrat mit, der über Positionierungen wie die grundsätzliche Verbandspolitik des Paritätischen befindet, in die der Kinderschutzbund die Sichtweise auf Politik für Kinder regelmäßig gut einbringen konnte.

Neben der formalen Mitwirkung gab es eine Vielzahl von einzelnen Arbeitskontakten, Zusammenarbeiten und Workshopteilnahmen, die allesamt Ausdruck der guten Zusammenarbeit mit dem Paritätischen sind.



## **Bündnisarbeit**

### **Bündnis „Zusammen für Demokratie“**

Das im März 2024 gegründete Bündnis zivilgesellschaftlicher Verbände und Einrichtungen, darunter der Kinderschutzbund Bundesverband, setzt sich für den Schutz unserer Demokratie ein. In seinem Mission Statement heißt es (Auszug):

*„Wir treten ein für die unteilbaren Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und eine klimagerechte Zukunft. Wir stehen für eine vielfältige, freie und offene Gesellschaft. Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und alle, die hier leben, gegen die Angriffe der extremen Rechten.“*

Am 10. Februar 2025 startete das Bündnis eine Öffentlichkeitskampagne zur Bundestagswahl. Vertreter\*innen des Bündnisses setzten an diesem Tag an öffentlichen Orten mit Bannern und Plakaten ein klares Zeichen für die Verteidigung der Demokratie. Unter dem Hashtag #DuEntscheidest wurde zudem eine Social-Media-Aktion initiiert, an der sich auch der Bundesverband beteiligte. Rund um die Bundestagswahl postete er die vom Bündnis erstellten Sharepics zu Themen wie Demokratie, Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz. Alle Informationen und Materialien des Bündnisses stellte der Bundesverband auch dem Gesamtverband über die Verbandsinfomail „Neuigkeiten für den Kinderschutzbund“ zur Verfügung. Mehrere Verbände des Kinderschutzbundes beteiligten sich daraufhin an der Social-Media-Aktion oder organisierten eigene Aktionen vor Ort.

Das Bündnis führte zudem digitale Informations- und Austauschveranstaltungen zu zentralen Fragen des demokratischen Engagements zivilgesellschaftlicher Organisationen durch. In mehreren Online-Veranstaltungen im Mai und Juni 2025 standen insbesondere rechtliche Rahmenbedingungen politischer Positionierung von Vereinen und gemeinnützigen Organisationen im Fokus, darunter der sogenannte „Mythos Neutralitätsgebot“, die Frage nach zulässigem politischen Engagement sowie Strategien im Umgang mit der AfD. Auch im Oktober und November 2025 setzte das Bündnis seine digitale Veranstaltungsarbeit fort. In mehreren Online-Workshops wurden rechtliche Fragen der Meinungsäußerung und Gemeinnützigkeit, der Umgang mit Abmahnungen sowie Dialogformate für einen respektvollen gesellschaftlichen Austausch behandelt.

Alle Informationen zum Bündnis finden Sie auf: [zusammen-fuer-demokratie.de](https://zusammen-fuer-demokratie.de)

### **Aktionsbündnis Kinderrechte**

Das Aktionsbündnis Kinderrechte, dem neben dem Kinderschutzbund das Deutsche Kinderhilfswerk, UNICEF Deutschland und die Deutsche Liga für das Kind angehören, setzt sich seit vielen Jahren für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ein.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 hat das Aktionsbündnis erneut nachdrücklich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz plädiert. Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat die Verankerung der Kinderrechte jedoch nicht in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Das Aktionsbündnis setzt sich weiterhin für die Umsetzung dieses Ziels ein.

Alle Informationen zum Bündnis finden Sie auf: [kinderrechte-ins-grundgesetz.de](https://kinderrechte-ins-grundgesetz.de)

## Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG

Nach dem offiziellen Scheitern des Projekts der Ampelkoalition zu einer „Kindergrundsicherung“ startete das Bündnis Kindergrundsicherung 2025 einen umfassenden Reformprozess. Bereits 2024 waren sich alle Bündnisverbände einig, das Bündnis erhalten zu wollen und die gemeinsame Arbeit künftig fortzusetzen.

Es wurden umfassend die gemeinsamen Erkenntnisgewinne der letzten Jahre reflektiert und die damit entstandenen Baustellen im eigenen Bündniskonzept sortiert. Erstes Ergebnis war der gemeinsame Beschluss, dass das Bündniskonzept umfassend neu ausgearbeitet werden sollte, um es wieder auf die Höhe der aktuellen Debattenlage zu heben. Außerdem wurde sehr umfassend diskutiert, ob der Name Kindergrundsicherung weiterhin politisch nutzbar ist oder durch das Regierungsprojekt zu viel Schaden genommen habe. Im Ergebnis wurde die Etablierung eines neuen Namens als deutlich schwieriger gewertet als den Versuch zu starten, sich den etablierten Namen wieder zu eigen zu machen und selbst zu besetzen. Daneben wurden viele weitere Fachdebatten zu Fragen der Zuständigkeiten, Digitalisierung, Zusammenführung von Leistungsteilen und Wohnkostenfragen geführt. Die damit verbundenen umfassenden Debatten waren Ende 2025 noch im vollen Gange.

Im Diskussionsprozess wurde immer wieder deutlich, dass die gemeinsamen Hauptforderungen und die gemeinsame Haltung weiterhin Bestand haben und unbedingt weiter gemeinsam bespielt werden sollten. Entsprechend kritisch äußerte sich das Bündnis dann im Februar zu den veröffentlichten Wahlprogrammen und betonte in seiner Pressemitteilung, dass die Einführung einer echten, armutsverhindernden Kindergrundsicherung in der neuen Legislatur endlich umgesetzt werden muss. Leider wurde das Thema politisch trotzdem umfassend ausgespart und der Koalitionsvertrag fiel unbefriedigend aus. Das Bündnis kritisierte das in seiner Auswertung des Koalitionsvertrages im April scharf.

Viele bereits seit langem bestehende Reformvorschläge des Bündnisses Kindergrundsicherung wurden dann Ende 2025 in den Empfehlungen der Sozialstaatskommission aufgenommen. Sei es die zentrale Anlaufstelle für Unterstützungsleistungen, die vorgeschlagene Antragsfreiheit beim Kindergeld oder die Empfehlung, Antragstellende nur noch einmalig zu Datenangaben zu verpflichten (Once-Only-Prinzip). Leider wurden diese Vorschläge, anders als im Bündniskonzept, nicht kindzentriert ausgerichtet. Die Ergebnisse der Kommission wurden im Bündnis umfassend debattiert und gemeinsam überlegt, wie man die armutsbetroffenen Kinder wieder mehr in den Fokus der Debatten rücken kann.

Der Kinderschutzbund hat auch 2025 eine besondere Rolle im Bündnis, denn er übernimmt seit vielen Jahren die Gesamtkoordination. Seitdem setzt er sich mit inzwischen 19 anderen Verbänden, sowie 12 Wissenschaftler\*innen für die Einführung einer echten Kindergrundsicherung und die Reform der monetären Leistungssysteme für Kinder ein.

Das Bündniskonzept wird aktuell überarbeitet, Informationen zu den bisherigen Tätigkeiten des Bündnisses finden Sie unter: [kinderarmut-hat-folgen.de](https://kinderarmut-hat-folgen.de)

## Ratschlag Kinderarmut

Der Ratschlag Kinderarmut ist das größte bundesweite Bündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Kampf gegen Kinderarmut. Der Kinderschutzbund ist Teil des Koordinierungskreises des Ratschlags Kinderarmut (KoKreis) und bringt sich dort umfangreich bei den regelmäßigen Treffen und der Erarbeitung von gemeinsamen Initiativen und Veranstaltungen ein.

Im Juni 2025 organisierte der Ratschlag eine gemeinsame Konferenz zur Vernetzung und zum Austausch und veröffentlichte in diesem Rahmen einen Appell unter dem Motto „Investitionen in Kinder und Jugendliche sind Investitionen in Wohlstand und Demokratie“.

Das Bündnis benannte im Rahmen des Appells konkrete Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden müssen – darunter:

- eine bedarfsgerechte Finanzierung von Kitas, Ganztage und Jugendhilfe
- eine verlässliche Absicherung der Jugendsozialarbeit
- kostenfreies Mittagessen in Kita und Schule für benachteiligte Kinder
- Investitionen in Familienbildung und offene Angebote in belasteten Quartieren

Mit dem Appell wollten die Beteiligten Akteur\*innen ein öffentlichkeitswirksames Zeichen setzen, dass Armut nicht nur ein individuelles Schicksal, sondern ein strukturelles Versagen ist, das unsere Demokratie und unseren Wohlstand gefährdet. Die zunehmenden Kürzungen in der sozialen Infrastruktur treffen armutsbetroffene Kinder besonders hart und müssen unbedingt gestoppt werden. Der Kinderschutzbund hat den Appell mitentwickelt, mitgezeichnet, Pressearbeit dazu gemacht und auch die dafür erstellten Sharepics umfassend auf seinen Social Media Plattformen genutzt. Weitere Informationen zum Appell finden Sie unter: [nationale-armutskonferenz.de/2025/07/07/appell-des-ratschlag-kinderarmut](https://nationale-armutskonferenz.de/2025/07/07/appell-des-ratschlag-kinderarmut)

Im Rahmen des Ratschlags Kinderarmut kann der Kinderschutzbund sich mit zahlreichen anderen Organisationen breit vernetzen und auch Kooperationen mit Verbänden und Organisationen entwickeln, mit denen er bisher eher weniger verbunden ist. Insoweit können hier große Linien und Forderungen in einem außergewöhnlich großen Rahmen diskutiert und mit sehr vielen Verbündeten politisch und öffentlichkeitswirksam bespielt werden. Das bietet die Chance, eine größere Öffentlichkeit für die gemeinsamen Themen zu erreichen. Gerade in Zeiten, in denen das Thema Kinderarmut in der Öffentlichkeit wieder weniger wahrgenommen wird, sind solche Netzwerke sehr wichtig.



## **Bündnis gegen sexuelle Gewalt im Netz**

Der Bundesverband engagiert sich im Bündnis gegen sexuelle Gewalt im Netz, das 2023 aus der Arbeit des Nationalen Rates gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen hervorgegangen ist. Koordiniert wird das Bündnis von der Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (UBSKM) sowie der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz (BzKJ).

Aus diesem Bündnis ging 2025 eine Arbeitsgruppe zur Prävention digitaler sexueller Gewalt hervor. Im selben Jahr fanden zwei Sitzungen statt. Als erstes Etappenziel beschloss die Arbeitsgruppe, Präventionsmaterialien, -angebote und Fortbildungen für Erwachsene im Kontext digitaler sexualisierter Gewalt systematisch zu bündeln und zu erfassen. Hierfür soll die Website [wissen-hilft-schuetzen.de](https://wissen-hilft-schuetzen.de) als zentrale Plattform weiterentwickelt werden. Die technische Überarbeitung ist Teil eines umfassenden Prozesses der USBKM zur Entwicklung eines digitalen Präventionsportals zum Themenfeld sexualisierte Gewalt, in das der Bereich digitale sexualisierte Gewalt integriert wird. Die Umsetzung ist innerhalb der kommenden zwei Jahre geplant.

Am 31. März 2025 fand in Berlin zudem eine Fachveranstaltung des Bündnisses im Konferenzzentrum Mauerstraße statt. Im Mittelpunkt stand die Aufarbeitung digitaler sexueller Gewalt. Die unabhängige britische Aufarbeitungskommission (Independent Inquiry into Child Sexual Abuse – IICSA) stellte ihre Arbeit sowie die Ergebnisse des „Internet Investigation Report“ vor. Darüber hinaus kamen Betroffene digitaler sexueller Gewalt mit Beiträgen zu Wort. Abschließend wurde die Rolle der Aufarbeitung digitaler sexueller Gewalt in Deutschland diskutiert und ein Ausblick auf die künftige Arbeit des Bündnisses gegeben.

Weitere Informationen zum Bündnis gegen sexuelle Gewalt im Netz unter: [beauftragte-missbrauch.de/presse/artikel/764](https://beauftragte-missbrauch.de/presse/artikel/764)



## Finanzsituation des Bundesverbandes

Der Haushalt des Bundesverbandes konnte im Jahr 2025 erneut stabil geführt werden und schloss mit einem Überschuss in Höhe von **227.511,76 Euro** ab. Damit war auch im Jahr 2025 keine Entnahme aus den Rücklagen erforderlich.

Die positive Entwicklung ist insbesondere auf eine weiterhin tragfähige Einnahmesituation zurückzuführen. Die Akquise von Spenden sowie die Einwerbung von Fördermitteln entwickelten sich auch im Jahr 2025 erfreulich und stärkten die finanziellen Grundlagen des Bundesverbandes. Die freien Spenden für den Bundesverband lagen insgesamt bei rund **270.000 Euro** und damit leicht über dem geplanten Ansatz.

Erbschaften, die bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt waren, konnten in einer deutlich höheren als ursprünglich erwarteten Größenordnung erlöst werden und trugen so maßgeblich zur Stabilisierung des Jahresergebnisses bei. Die Einnahmen aus Erbschaften beliefen sich im Jahr 2025 auf **451.669,94 Euro**.

Darüber hinaus konnten auch im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb Erlöse erzielt werden. Einnahmen aus der dm-Partnerschaft in Höhe von **75.000 Euro** wurden jedoch nicht unmittelbar für das Haushaltsjahr 2025 verausgabt, sondern für die Finanzierung geplanter Maßnahmen im Folgejahr 2026 zurückgestellt.

Auf der Ausgabenseite stellten die Personalaufwendungen – wie in den Vorjahren – den größten Kostenfaktor dar und beliefen sich auf rund **1.0 Mio. Euro**. Gleichzeitig blieb die Kostenentwicklung insgesamt gut steuerbar. Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit, verbandliche Veranstaltungen und Kampagnen blieben wie geplant.

Die bedarfs- und notwendigkeitsorientierte Mittelverteilung an Orts-, Kreis- und Landesverbände bleibt ein zentraler Bestandteil der Arbeit des Bundesverbandes. Auch im Jahr 2025 wurden Zuschüsse und Weiterleitungen in Höhe von rund **60.000 Euro** umgesetzt, um die hervorragende Arbeit vor Ort nachhaltig zu unterstützen.

Die Vermögenslage des Bundesverbandes ist weiterhin solide und gewährleistet damit die laufende Arbeit sowie zukünftige Vorhaben.

Die kompetente Begleitung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus garantiert eine unabhängige und transparente Prüfung des Jahresabschlusses.

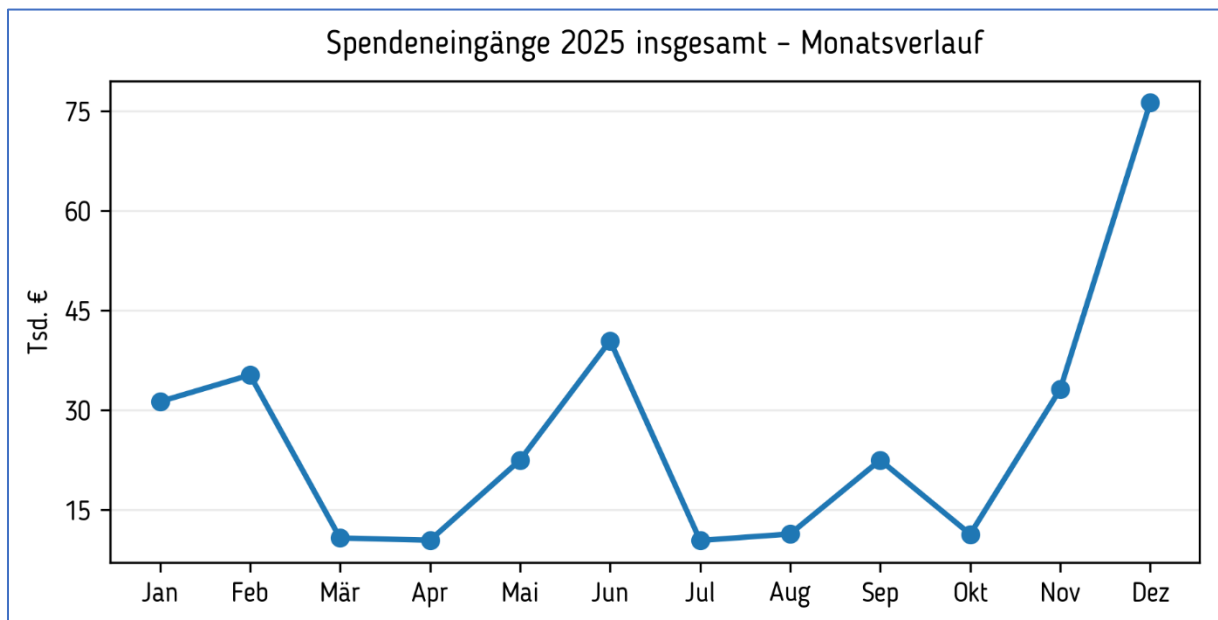
## Spenden & Lizenzen

### Spendenbetrachtung

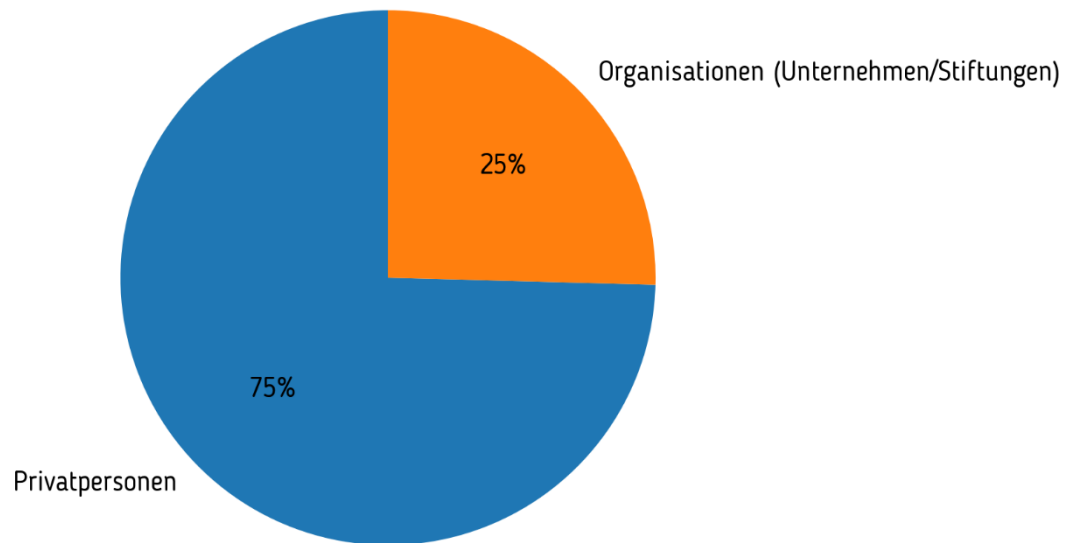
Im Jahr 2025 hat der Bundesverband Zuwendungen in Form von Projektgeldern von Partner\*innen wie dm drogeriemarkt für Projekte in mehreren Kinderschutzbünden (z.B. das Elternkursprogramm *Starke Eltern – Starke Kinder* im Jahr 2025), Nachlässen sowie Unternehmens- und Privatspenden erhalten.

Unternehmens- und Privatspenden werden auf den Spendenkonten des Bundesverbands erfasst. Im Jahr 2025 konnten auf diesen Konten Spendeneingänge in Höhe von rund **315.000 Euro** verzeichnet werden. Hierin enthalten sind **45.000 Euro**, die der Bundesverband zur Weiterleitung an die Orts- und Landesverbände erhalten hat.

Spenden für die Orts- und Landesverbände werden von Partner\*innen teilweise auch direkt an diese geleistet. So überwiesen Partner\*innen wie EDEKA Südwest und Repanet e.V. die Spendensummen, die im Rahmen überregionaler, gemeinsam mit dem Bundesverband geplanter Aktionen gesammelt wurden, unmittelbar an die begünstigten Landes- und Ortsverbände.



### Verhältnis der Spendeneingänge 2025: Privatpersonen vs. Organisationen



### Lizenzen

Für die Vergabe von Logonutzungslizenzen verzeichnete der Bundesverband im Jahr 2025 rund 22.000 Euro zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer.



## **Anhang**

### **Mitgliedschaft und/oder Mitarbeit in anderen Organisationen und Zusammenschlüssen**

Der Kinderschutzbund Bundesverband e. V. ist Mitglied in verschiedenen Organisationen, Bündnissen und Netzwerken und/oder arbeitet dort fachlich mit.

#### **Organisationen**

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. (AGJ)  
BAG Kinderinteressen e.V.  
Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mehr Sicherheit für Kinder e.V.  
Bundesstiftung Frühe Hilfen  
Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft e.V.  
Deutscher Familiengerichtstag e.V.  
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.  
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.  
Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) e. V.  
Deutsches Jugendherbergswerk – Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V.  
Deutschland sicher im Netz e.V.  
Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) e.V.  
Internet-ABC e. V.  
National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V.  
Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.  
Rüdiger Fromm Stiftung  
Stiftung Digitale Chancen

#### **Bündnisse, Netzwerke und Initiativen**

Aktionsbündnis Kinderrechte  
Bündnis gegen sexuelle Gewalt im Netz  
Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG  
Bündnis Zusammen für Demokratie  
Klicksafe  
Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit  
Nationaler Lesepakt  
Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen  
Nationales Zentrum Frühe Hilfen (NZFH)  
Ratschlag Kinderarmut